

Ökologie wirklich wagen oder samt der Biosphäre untergehen Keine Halbheiten mehr (Neufassung des Ursprungsantrags)

Die Stadtversammlung möge beschließen:

- 1 Der Kreisverband München-Stadt der Grünen stellt zur kommenden Landesdelegiertenkonferenz den
- 2 „Grundsatzantrag“, in allen passenden Bereichen des Landtagswahlprogramms die Unaufschiebbarkeit
- 3 einer für die Bewahrung der Biosphäre existentiellen Gesetzgebung klar und deutlich zu machen.
- 4 Das Programm bleibt nur mit vielen sehr konkreten Aufgaben einer von den Grünen geführten
- 5 Regierung im Gedächtnis- Nur so entsteht der für eine erfolgreiche Politik unentbehrliche
- 6 Diskussionsstoff in der Öffentlichkeit und von Mund zu Mund. Ein konsequentes Umweltprogramm
- 7 darf und - leider muss es auch - weh tun. Unsere Adressaten sind die Nachdenklichen und die 60 %, die
- 8 bei Umfragen für die Umwelt stimmen. Wir dürfen darauf vertrauen, dass diese unsere Klientel
- 9 durchaus eine Reduzierung unseres Lebensstandards auf das wirklich Notwendige hinzunehmen bereit
- 10 ist. Wir dürfen das also erwähnen.
- 11 Umgekehrt müssen wir klarstellen, dass eine von den Grünen geführte Regierung den rund 10
- 12 Millionen Armen oder von Armut bedrohten Familien genau diesen notwendigen Lebensstandard
- 13 sichern und wieder geben wird. Denn ohne soziale Gerechtigkeit ist eine ökologisch bestimmte
- 14 Wirtschaftsweise nicht denkbar
- 15 Unsere Forderungen dürfen und sollen zum Widerspruch reizen. Über unser Programm Bescheid zu
- 16 wissen, muss zum guten Ton in allen Gesellschaftsschichten und in den Medien werden.
- 17 Die Zeit läuft ab, in der die Zerstörung der belebten Welt gerade noch abgewendet werden kann. Wir
- 18 müssen den Wählern sehr viel zumuten. Die Zumutungen werden lawinenartig zunehmen, wenn wir
- 19 nicht sofort vor allem mit dem Umbau der allein in Geld denkenden Wirtschaft in eine allein
- 20 ökologischen Gegebenheiten folgenden Ökonomie beginnen.
- 21 Wir stehen in der Pflicht unserer freiwillig übernommenen Verantwortung gerecht zu werden.
- 22 Alle anderen Parteien können sich auf den Standpunkt zurückziehen, von den Überlebensfragen so
- 23 lange entbunden zu sein, bis sie von den Grünen nicht geltend gemacht werden.
- 24 Die Grünen tragen damit die alleinige Verantwortung für die weitere Bewohnbarkeit der Erde,
- 25 obwohl alle Politiker in die Pflicht stehen und eines Tages auch zur Verantwortung gezogen werden
- 26 könnten.
- 27 Unser Wahlprogramm muss die Maximalforderungen enthalten und nicht schon die für Koalitionen
- 28 möglicherweise notwendigen Kompromisse beinhalten.
- 29 In einer hoffentlich nicht notwendig werdenden Koalition Kompromisse einzugehen, ist kein
- 30 „Wahlbetrug“. Wir müssen in etwaigen Koalitionen aber deutlichst die Partner darauf hinweisen, dass
- 31 sie ebenso wie wir in der Pflicht stehen, alles zu tun, um den Untergang der belebten Welt zu
- 32 verhindern, also unser Überlebensprogramm im Interesse auch ihrer Wähler mittragen müssten.
- 33 Zur Abwendung lawinenartig zunehmender noch nie da gewesener Naturkatastrophen müssen wir auf
- 34 sofortiges Handeln beharren und nicht beim Aufschub bis 2030 oder gar 2050 auch noch mitmachen.
- 35 Wohin das führen würde, zeigt die erbärmliche Vernachlässigung des einst beschlossenen Klimaziels
- 36 2020.
- 37 Der größte Kreisverband kann etwas bewegen und könnte sich verpflichtet sehen, in den anstehenden
- 38 Versammlungen auf Bezirks- und Landesebene entsprechende Weichenstellungen zu bewirken.

- 39 Unsere Mandatsträger im Landtag, Bundestag, Bezirkstag und Stadtrat werden
40 händeringend gebeten, noch rechtzeitig vor der Landtagswahl in diesen Parlamenten ohne
41 Rücksicht auf Mehrheiten eine große Zahl von aufrüttelnden Anträgen und
42 Gesetzesinitiativen einzubringen, an denen für die Wähler zu erkennen ist, mit welcher
43 Politik einer grün geführten zu rechnen ist. Beispiele finden sich in der Begründung.

Begründung:

Die Grünen in einer der reichsten Städte der Welt müssen endlich ihre selbst übernommene Verantwortung wahr nehmen, alles nur Denkbare zu fordern, um die immer schneller werdende Fahrt der Menschheit in die Selbstzerstörung zu beenden oder sich aufzulösen, weil die Grünen im Fall weiterer Zaghaftigkeit exakt das Gegenteil bewirken, für das sie zu stehen behaupten. Alle anderen Parteien können als Folge der Zurückhaltung der Grünen als die selbst ernannten Experten in Überlebensfragen ungeniert so weiter machen wie bisher. Sie werden nicht grüner sein wollen als die Grünen also wider besseres Wissen weiter auf ein ewiges Wirtschaftswachstum zu vertrauen vorgeben und es sich damit unter Inkaufnahme der Selbstzerstörung der Menschheit gut auf Kosten der Grünen auf den Regierungsbänken gut gehen zu lassen.

Beispiele:

BUNDESTAG

- Keine Subventionierung des Flugverkehrs mehr einschließlich Einführung einer gleich richtig hohen Mineralölsteuer für Flugtreibstoff
- Dafür endlich Subventionierung der Photovoltaik, die es noch nie gab, sondern nur ein Umlageverfahren, das die erhöhte Einspeisevergütung von den Stromverbrauchern zahlen lässt, ganz so als würde man den Subventionen für den Flugverkehr auf die Flugtickets umlegen.
- Verdopplung der Mineralölsteuer auf den Benzin- und Dieselpreis, Wegfall der Begünstigung des Dieseltreibstoffs, angesichts des Notstands ohne Rücksicht auf Besitzstände
- Verdopplung der Mehrwertsteuer für fossil betriebene Kraftfahrzeuge
- Hoher Zuschuss für den Umbau von fossil betriebenen Autos in Elektroautos
- Gesetzliche Grundlage für die Umwandlung eines Anspruchs gegen die Autoindustrie auf den Motoraustausch in den Anspruch auf Einbau eines Elektromotors
- Attraktiver Zuschuss zu Hartz4Bezügen bei Umzug aus Gebieten mit hohem Wohnungsmangel in Gebiete hohen Wohnungsleerstands unter notstandsgerechter Inkaufnahme von Gleichbehandlungsproblemen
- Wiedereinführung von Zöllen auf lediglich zur Gewinnmaximierung sinnlos über den Erdball hin und her transportierter Güter und endlich wieder Schutz der Wirtschaft vor Dumpingpreisen.

LANDTAG

- Verdopplung der Start- und Landegebühren auf allen bayerischen Flughäfen, womit sich auch der Albtraum einer 3. Startbahn verflüchtigen würde.
- Photovoltaikanlagen auf alle Dächer in direktem und indirektem Staatseigentum

BEZIRKSTAG

- Photovoltaik auf alle Dächer im Eigentum des Bezirks und seiner zahlreichen Einrichtungen, Gesellschaften, Vereine, Zweckverbände und Stiftungen

STADTRAT MÜNCHEN

- Photovoltaik auf alle Dächer im Eigentum der Stadt und ihrer Töchter, insbes. der städtischen Wohnungsgesellschaften.
- keine Ausweisung von Gewerbeflächen mehr, keine Genehmigung für Bau und Vergrößerung von Bürogebäuden
- Förderung der Umwandlung von Büro- und Gewerbebauten in Wohngebäude
- Sofortige Beendigung der weltweiten Werbung für den Wirtschaftsstandort München und das Oktoberfest
- Verbot auch von temporären Festbauten auf der Theresienwiese
- Förderung des Umzugs von Unternehmen in Regionen mit großem Leerstand bei Wohnungen aus Wohnungsbaumitteln
- Die Gesellschaft muss sich nicht sündteuer erkaufen, dass die das Leben erstickende Autoflut in den Städten ausbleibt, sondern zum Beispiel mit einer Maut sehr teuer machen, ohne zwingende Notwendigkeit in der Innenstadt herumzufahren und/oder dabei noch besonders giftige Abgase auszustoßen.

In dicht besiedelten Bereichen wie einer Stadt ist absolut nicht unsozial, Autofahrten teuer zu machen, wie es bei anderen Luxusgütern widerspruchlos hingenommen wird.

Dieser Antrag wird gestellt von

Alfred Mayer, OV Berg am Laim/Trudering/Messestadt-Riem